

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für Ihr Verständnis, dass auch die Frau Stadträtin Edlinger und der Herr Stadtrat Karl-Heinz Herper jetzt zu einem Pressetermin müssen. Ich darf Herrn Gemeinderat Mariacher nun ersuchen, seine Wortmeldung zur Dringlichkeit wieder abzugeben.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind noch einmal beim Antrag vom Kollegen Sippel zum Thema Anstieg der Jugendkriminalität. Liebe Kollegen seitens der ÖVP, natürlich kann man alle Leute, die im weiteren Umfeld mit diesem Thema betraut oder sich befugt nennen, zu diesem Thema Stellung zu beziehen, miteinbeziehen zu einer Enquete. Ich glaube auch nicht, so wie ich den Armin Sippel kenne, dass das so restriktiv formuliert war, dass niemand zusätzlich noch kommen kann. Dennoch bin ich der Auffassung, dass man den Schneeball nicht so groß machen sollte, dass man gänzlich das Thema, um das es geht, Jugendkriminalität, aus dem Auge verliert. Wenn man alle Bedingungen mit einbezieht, die zur Kriminalität führen, gerade vom sozialen Bereich her, die sozialen Verhältnisse, die Bedingungen im Elternhaus, die Wohnungssituation und die Probleme der Eltern in partnerschaftlichen Bereichen, Arbeitslosigkeit und, und, und hat man sämtliche Probleme der Stadt Graz, die man mit diesem Thema in eine Bedingung bringen kann. Ich denke, das würde der Sache nicht dienlich sein, weil das Ziel der Enquete sollte klar definiert sein, Maßnahmen zu ergreifen, wirklich tatsächliche Maßnahmen zu ergreifen, die entweder Jugendliche abhalten, kriminell zu werden in dem Sinne von Prävention, da bin ich durchaus auch bei der SPÖ-Fraktion oder eben restriktiv einzuschreiten, um diese Jugendkriminalität, die stattfindet, erstens nicht nur zu erkennen, sondern die entsprechenden Jugendlichen wirklich ausfindig zu machen und gemäß unseren österreichischen Gesetzen Sanktionen wirklich greifen zu lassen. Altersgemäß greifen zu lassen, um dieses

Problem in den Griff zu kriegen. Weil eines sage ich schon auch, aufgrund der demografischen Entwicklung, die wir in Österreich und in Graz haben, aufgrund des Ungleichgewichtes, das wir in Zukunft haben, mit immer älter werdenden Bevölkerungsanteilen und immer weniger Jugend, wird gerade dieses Phänomen ein besonders sensibles sein, das wir zu betrachten haben und da dürfen...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wir haben steigende Geburtenzahlen in Graz.

GR. Mag. **Mariacher:** ...da dürfen wir kriminelle Akte gegenüber der älteren Bevölkerung, die besonders hilflos und wehrlos sind, dürfen wir nicht Platz greifen lassen, das muss auch ein Signal gegenüber der Bevölkerung sein. In diesem Sinne finde ich es richtig, diese Enquete abzuhalten, durchaus auch zu erweitern, wie es von anderen gemeint war, aber wirklich den Fokus darauf zu legen, die Kriminalität im Auge zu behalten. Wenn manche was anderes nachher wollen, dann sollte man wirklich in der Diskussion moderierend eingreifen und einschreiten, dass man da keine Auswüchse macht, wenn man sich um soziale Belange sich kümmert, dann soll man das in einer Extra-Enquete machen, was genauso wohl wichtig wäre. In diesem Sinne werden wir dem Antrag der Dringlichkeit nach und auch dem Antrag selbst unterstützen (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Binder:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es Probleme gibt, muss man hinschauen, das ist unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker. Aber das Hinschauen allein genügt natürlich nicht, man muss auch sachlich analysieren, eine Strategie entwickeln und schauen, was ist notwendig, um ein Problem in den Griff zu

bekommen. Manchmal habe ich den Eindruck, nein nicht manchmal, oft habe ich den Eindruck, dass die FPÖ Dinge schon auch sehr überspitzt und damit der Sache nicht sehr dient. Heute in der Kleinen Zeitung lese ich, und das hat mich ja wieder bestätigt in dieser meiner Meinung über die FPÖ, dass diese Kinder- und Jugendkriminalität, ja die es gibt, das bezweifelt niemand und ist auch nicht kleinzureden, aber der Richter Raimund Frei vom Straflandesgericht sagt in einem Interview, es ist nur eine kleine Gruppe Jugendlicher...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das reicht eh.

GRin. **Binder:** ...und ein Großteil der Jugend ist in Ordnung, Hut ab vor dieser Äußerung. Nicht schlechtreden die Jugend, wie das auch andere Kolleginnen und Kollegen gemacht haben, die Dinge beim Namen nennen und sie richtig gewichten. Diese Aussage des Richters Raimund Frei wird auch noch bestätigt von Susanne Dekla, der Leiterin des Vereines Neustart. Trotzdem ist es wichtig, dass wir etwas tun, denn diese Jugendliche brauchen auch die Unterstützung, und wie Nuray Richter-Kanik auch gesagt hat, es geht ja nicht nur um Restriktionen, sondern es geht auch um präventive Arbeit und es geht auch darum, das auch gesellschaftlich richtig einzuordnen, warum Jugendliche, warum auch Kinder, also noch nicht wirklich Strafmündige, auf diese Ebene geraten und da müssen wir schon sagen, wir müssen das auch sehr systemisch anschauen. Es gibt auch aufgrund der vielen Veränderungen, der drastischen Veränderungen im Wirtschaftsbereich natürlich auch Veränderungen im sozialen Bereich und die Armut, das wissen wir, nimmt immer mehr zu, ist aber keine Entschuldigung. Ich möchte Sie aber noch auf Folgendes ansprechen, Herr Sippel. Dieses Parlament hier ist ein Parlament, wo wir uns politisch auseinandersetzen sollen, wo wir politische Statements abgeben sollen, die können

durchaus zugespitzt sein, die können in gewisser Weise mit Ironie verbunden sein, die können verbunden sein mit einer gewissen sympathischen Polemik, aber was ich schon sehr zurückweisen möchte ist, wenn in einem Motivenbericht ein Kollege schlechtgemacht wird. Wenn in einem Motivenbericht, den Sie, Herr Sippel, einen Motivenbericht dafür benützen, jemand mit Häme zu überschütten oder verächtlich machen zu wollen oder lächerlich machen zu wollen, das kann doch nicht der Stil hier in diesem Parlament sein und ich bin auch froh, dass der Großteil hier das auch nicht so handhabt, dass der Großteil hier auch wirklich auf einer sehr sachlichen Ebene bleibt. Das weise ich entschieden bei Ihnen zurück und mit Sorge, muss ich sagen, beobachte ich, dass von Ihrer Fraktion immer wieder, wenn es um einzelne Menschen hier geht, sehr tief gegriffen wird und ich würde Sie schon sehr bitten, diesen Stil abzulegen und zurückzukehren zu einem sachlichen Stil. Soweit Kritik kann natürlich auch sehr konstruktiv sein und das würde ich mir sehr wünschen von Ihnen. Der Dringlichkeit geben wir unsere Zustimmung und auch im Sinne des Abänderungsantrages unseres Kollegen Kurt Hohensinner. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Sikora:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Klubobmann! Aber die Dringlichkeit des vorliegenden Antrages liegt auf der Hand, ich glaube, da haben wir eh ausgiebig diskutiert. Der Dringlichkeit wird die KPÖ auch zustimmen. Wie die Frau Kollegin Binder gesagt hat, also der Zeitungsbericht heute in der Kleinen Zeitung der spricht Bände, handelt es sich wieder um eine kleine steigende Gruppe in Graz, die anscheinend kriminell erscheint, und die Problematik ist hier sicher in sozial gesellschaftlichen Problematik anzufinden und wir werden auf alle Fälle der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Abänderungsantrag. Wir wollen zuerst einen eigenen stellen, aber ich sehe, dass es sinnvoll ist, dem gemeinsamen Abänderungsantrag die Zustimmung zu erteilen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel:** Herr Bürgermeister, ich denke, das Thema ist wirklich zu wichtig, um politisches Kleingeld zu wechseln. Ganz versehe ich natürlich diese Empfindlichkeit der Grünen nicht, das war jetzt nicht tief oder irgendwie besonders hämisch, es war einfach nur ein Zitat, das was der Herr Kollege da im Gemeinderat gesagt hat und nicht mehr und nicht weniger. Und natürlich selbstverständlich ist es ein Thema, das sehr komplex ist, das ist mir bewusst und ich glaube, es wäre auch zuviel von mir verlangt, alle diese Dinge, die damit im Zusammenhang stehen mit dieser Problematik sozialpolitischer Natur, Erziehungspolitik spielt da natürlich hinein, es ist eine Frage der Sicherheit usw., dieses komplexe Paket da auch wirklich in einen Antrag zu fassen, das wäre natürlich auch schon dem Ansinnen des Antrages vorweg genommen, nämlich einer Enquete, wo Experten und auch Beteiligte und wie es im Abänderungsantrag, dem wir natürlich selbstverständlich zustimmen, es ist keine Frage beziehungsweise die Abänderung gerne annehmen, weil, wie vorhin erwähnt, so restriktiv war das nicht gedacht, da sind wir sehr dankbar auch dafür und in diesem Sinne ist eigentlich nur zu hoffen, dass jetzt wirklich da der Anstoß jetzt gegeben ist in dieser wichtigen Problematik, dass jetzt etwas passiert und zwar bald passiert und ich glaube, dann ist wirklich seitens der Gemeindevertretung hier einmal wirklich das getan, was die Bürger von uns in dieser Stadt erwarten. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl:** Wünscht jemand zum Antrag das Wort? Ist nicht der Fall, dann stimmen wir über den Antrag ab, zuerst haben wir einen Abänderungsantrag, dieser wurde eingebracht namens ÖVP, SPÖ und Grüne und KPÖ. Zuerst stimmen wir über diesen Abänderungsantrag ab.

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 18.45 Uhr den Vorsitz.

8) Initiative zur Errichtung einer „Schulden-Uhr“ zur Veranschaulichung der konsolidierten Schulden der Landeshauptstadt Graz samt Schuldenentwicklung

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Gemeinden aber auch Regionen und Staaten haben sich eines besonderen Instruments bedient, das den Zustand des Verschuldungsgrades ihrer Gebietskörperschaft oder Kommune deutlich anzeigt. Begonnen hat und als Erster war es im Jahr 1989 die Stadt New York, die drastisch vor Augen geführt hat, wie hoch die Stadt verschuldet ist und vor allem, mit welchem Wachstum, mit welcher Geschwindigkeit, mit welcher Schnelligkeit die Verschuldung der Stadt emporgeschnellt ist, sodass nach wenigen Jahren bereits die Anzeigentafel nicht mehr ausgereicht hat, um den Schuldenstand wirklich darzustellen. Wir brauchen nicht so weit zu greifen, wir brauchen nur in unser Nachbarbundesland nach Deutschland schauen, wo große Gebietskörperschaften, die in der Klasse von Graz oder darüber hinaus sind, ob das Wiesbaden ist, ob das München ist, ob das Düsseldorf ist, die ungefähr die doppelte Bevölkerung von Graz haben, sich dazu bekannt haben, ja die Schuldenuhr ist ein besonderes Zeichen der Veranschaulichung des Schuldenausmaßes der Kommune, ja wir wollen dem Bürger zeigen, dass wirklich Handlungsbedarf ist, ja wir bekennen uns zur der Verantwortung, die wir

übernommen haben, um nicht über Gebühr eben die kommenden Generationen zu belasten durch Schuldentilgungen und Zinseszinszahlungen, von denen die nächste und übernächste Generation in keiner Weise etwas hat. Und in der Stadt Graz mit der Entwicklung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben mit 1,1 Milliarden Euro Verschuldung und somit rund 4.300 Euro pro Kopf und Nase ist es höchst an der Zeit, wenn wir heute diese mittelfristige Finanzplanung auch angeschaut haben, dass wir diese Transparenz den Bürgern einerseits zumuten müssen, der Bürger auch das Recht hat, visualisiert diesen Schuldenstand zu erfahren und auch die Regierenden, gleich welcher Fraktion, in die entsprechende Verantwortung zu nehmen, wirklich nur das zu verbrauchen, was zur Verfügung gestellt wird. Es reicht nicht aus, entsprechende Publikationen zu veröffentlichen oder gar Videoclips, die Schuldenuhr gehört an jenem Punkt errichtet, wo die Entscheidungen getroffen werden, also ich sage einmal ans Rathaus oder im Rathaus angebracht. Dort ist auch die entsprechende Frequenz der Grazer Bevölkerung, um hier entsprechend Auskunft zu erlangen, um zu sehen die Tendenz, wie sich die Schulden entwickeln werden. Die Schuldenuhr dient ganz klar zur Veranschaulichung über den Zustand des Ausmaßes der Verschuldung, über das Ausmaß, wie weit die Stadt in der Kreide steht und sie dient auch dazu, als Maßnahmen gesetzt zu werden, um zukünftige Steuern, Gebühren, Abgabenerhöhungen, sofern sie in die Kompetenz der Stadt Graz fallen, wirklich hintanzuhalten. Wir denken, dass es wirklich Zeit ist, diese Maßnahmen sehr rechtzeitig zu setzen, es gibt Erfolgsstorys, wie es so schön heißt, Erfolgsgeschichten, die zeigen, dass so eine Maßnahme wirklich die positive Wirkung bringen kann, die man sich von ihr erhofft oder erwartet. In der sozialdemokratisch regierten Stadt Düsseldorf wurde 2003 die Schuldenuhr eingeführt, es war ein Bekenntnis dazu über die Fraktionen hinweg, die Schulden runterzufahren, im Jahre 2007 erklärte sich Düsseldorf als schuldenfrei und zeigt ab diesem Zeitpunkt an, wie viel Tage hinweg die Stadt bereits schuldenfrei ist. Das sehen wir wirklich als Benchmark-Vergleich für Graz und glauben, dass dieses Instrument des Finanzmanagements, des Monitorings, gegenüber den Bürgern, der Transparenz, der Darstellung der Politik, die den Bürger

wirklich hautnah betrifft, dass dieses Instrument auch in Graz eingesetzt wird und diese Errichtung der Schuldenuhr in Erwägung gezogen wird.

Das BZÖ bringt daher diesen

dringlichen Antrag

im Grazer Gemeinderat ein, der wie folgt lautet:

Der Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, und der Stadtrat für Finanzen, Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, werden ersucht, Erfahrungen in Städten, die eine Schuldenuhr über längere Zeit bereits betreiben, einzuholen und diese unter Einbindung des Stadtrechnungshofdirektors Dr. Günter Riegler zu beraten, um sodann über den Inhalt der Gespräche dem Gemeinderat zeitnah zu berichten. Es ist Zeit, die Zeit ist reif, die Schuldenuhr zeigt uns den Weg. Danke.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: In aller Kürze. Wer hat an der Uhr gedreht, ist es wirklich schon so spät? Ich glaube, der Vorschlag geht ganz eindeutig in die falsche Richtung, weil die Überbetonung dieses einen wichtigen Ziels, Verschuldung, würde natürlich in eine völlig falsche Politikrichtung weisen. Es würden dann vielleicht manche versucht sein, öffentliches Eigentum, was uns gut und wichtig ist, zu verkaufen, damit man die Schuldenuhr wieder zurückdrehen kann, vor zwölf, nach zwölf. Also ich glaube, einfach nur auf die Schulden zu schauen, das andere zu übersehen, ist einfach eine sehr populistische Geschichte, das macht so keinen Sinn und ich glaube, uns fällt da eindeutig was Besseres ein und wir haben wichtigere Dinge, über die man informieren sollte, als über den aktuellen Schuldenstand, der so unkommentiert und so einfach eben nicht darzustellen ist. Danke.

GR. Mag. **Mariacher**: Die Aussagen vom Kollegen Wohlfahrt verschaffen mir ein Lächeln. Wer sich nicht traut, die entsprechenden Schulen wirklich transparent darzustellen, der hat erstens aus meiner Sicht etwas zu verbergen, weil sonst kann man das ja wohl entsprechend kommunizieren. Das Zweite ist, dass hier unterstellt wird, dass hier schon die entsprechenden Maßnahmen abgeleitet werden, nein, wir wollen einmal die Sachen am Tisch haben, damit wirklich darüber nachgedacht werden kann und dass darüber Ideen erzeugt und generiert werden können gemeinsam, überfraktionell oder auch alleine und in einem gemeinsamen Dialog, wie man mit diesen Schulden und mit dieser Schuldenentwicklung, die aus meiner Sicht atemberaubend ist, wenn man den Schuldenstand planmäßig in sechs Jahren auf 40 % steigert, wie man damit umgeht. Ich denke, die Wahrheit ist zumutbar, die Wahrheit entspricht halt nicht dem Koalitionsabkommen, das ÖVP und die Grünen geschlossen haben. Ich denke, die Maßnahmen müssen jetzt greifen, weil sie noch viel, viel bitterer sind und das ist halt die falsche Schlussfolgerung der Koalition, so wie ich sie bisher vernommen habe, weil die Schlussfolgerungen viel, viel bitterer, die Einschnitte viel, viel härter sein werden, wenn wir ungenügend Zeit verstreichen lassen, Investitionen tätigen, die vielleicht in diesem Ausmaß, in dieser Art und Weise manchmal nicht erforderlich sind.

Zwischenruf GR. Baumann: Schulen, Straßenbahnen.

GR. Mag. **Mariacher**: Wir haben ja schon Beispiele gehabt, wo man sich für die teurere Lösung einer Kinderbetreuungseinrichtung entschlossen hat, wohl wissend, dass die gleiche Qualität zu einem geringeren Preis, zu einem geringeren Kostenansatz möglich gewesen wäre. Die Vernunft sollte Einzug halten, wenn nicht

heute, so zumindest morgen oder übermorgen und ich bitte daher um Annahme dieses Antrages. Danke (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Dringendes Ersuchen, in exponierten und gefährdeten Hochwassergebieten in der Stadt Graz integrierte Zivilschutzübungen – unter Einbindung sämtlicher Blaulichtorganisationen, Stellen der Stadt Graz und möglichst auch Stellen der Steiermärkischen Landesregierung, die sich jeweils nützlich einzubringen haben, sowie insbesondere der örtlichen Bürgerinnen und Bürger – bis auf Weiteres regelmäßig abzuhalten

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse der Hochwassersituation in Graz der Jahre 2005 und 2009 haben wir mehrfach diskutiert. Wir wurden erst letzte Woche erinnert an die große Gefahr, die Hochwasser mit sich bringt, als der Schöckelbach in einem Teilbereich neuerlich auch in diesem Jahr über die Ufer getreten ist und sich in der Bevölkerung, die schon Hochwasser erlebt hat und die Schäden und das Leid und die Gefahr erlebt haben, sich ein sogenanntes Flashback erzeugt hat, eine Erinnerung wachgerufen worden ist, die an diese bittere Situation in ihrem Leben erinnert hat. Viele haben bis

heute noch nicht ihre Schäden durch Versicherungen oder die Leistungen des Katastrophenschutzes entschädigt bekommen. Wirksamer Schutz, Zusammenarbeit und treffliche Hilfeleistung müssen aber geübt werden für solche Fälle, wir wissen es aus guten und praktikablen Erfahrungen im Bereich des Brandschutzes, dass man sich hier nicht auf einfache Einsatzpläne verlassen kann, dass man sich nicht darauf verlassen kann, dass Gerätschaften und Mannschaften parat stehen und die Gerätschaften schön säuberlich in einer Lagerhalle schlummern, nein, diese Übungen dieses hochkomplexen Systems der Schutzleistungen in Krisensituationen zwischen Blaulichtorganisationen, zwischen Abteilungen des Magistrates, Abteilungen der Steiermärkischen Landesregierung und den Bürgerinnen und Bürgern, die vielleicht ein bisschen scheuklappenmäßig in dieser schwierigen Situation ihres Lebens stehen und die wirklich Hilfe brauchen, geistige, psychische aber auch Hilfe in der logistischen Unterstützung, die gehört geübt. Und wir wissen es aus dem Bereich des Brandschutzes, dass hier immer wieder jährlich Übungen stattfinden müssen, um einfach zu sehen, welche Leistungen wirklich erbracht werden können, wo gibt es Schwierigkeiten, wo gibt es Gefahren, dass Pannen entstehen können, wo können Kommunikationsprobleme auftreten, die zu meistern sind. Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, dass diese Hochwasserschutzübungen einfach als besondere Form des Zivilschutzes notwendig sind und ich denke, das gerade laufende Projekte Sufri, an dem die Stadt Graz richtiger- und vernünftigerweise beteiligt ist, gemeinsam mit der Technischen Universität Graz ist auch ein Instrument, das in das Setting sozusagen, in die Planung und den Ablauf einer Hochwasserschutzübung sehr dienlich und zweckmäßig Eingang finden sollte. Die große Chance, der große Nutzen, der zu erwarten ist aufgrund dieser Hochwasserschutzübungen, sind einfach die Erfahrung, die Verbesserungsvorschläge, die dabei wirklich erzielt werden können und daher sehen wir es auch als absolut wichtig an, dass diese Einsatzberichte zu diesen Übungen entsprechend auch transparent kommuniziert werden gegenüber den Bürgern, gegenüber sämtlichen Stellen, die natürlich da eingebunden worden sind, um eben draufzukommen, wo kann man etwas besser, wo kann man etwas schneller machen, weil besonders der Faktor Zeit ist ja gerade bei der Rettung und Hilfeleistung

im Hochwasserbereich besonders wichtig. Da geht es nicht um Stunden, da geht es um Viertelstunden, um zehn Minuten, um fünf Minuten, dass entsprechend Sandsäcke vor die Türe gestellt werden, um eine Überflutung ganzer Wohnungen etc. beispielhaft zu verhindern. Zur Hoffnung sind Erkenntnisse zum Beispiel, was kann man sich drunter vorstellen: Verstärkung, Verbesserung, Vernetzung der Strukturen der Einsatzkräfte, sinnvolle Verbesserungen, Erkenntnisse über notwendige Investitionen beim eingesetzten Equipment, Gerätschaften, Ausrüstungen, aber auch Verbrauchsmaterialien natürlich. Dann im Bereich der Ausbildung natürlich Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz, was ist besonders darauf zu achten bei Verletzungen, bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen, was kann da passieren, auf was müssen sich die Einsatzkräfte im worst Case einstellen und wie kann man auch sicherstellen schon präventiv, dass die Gesundheit der Personen, die in den gefährdeten Bereichen sich aufhalten, aber auch der Einsatzkräfte, so wie wir es letztens diskutiert haben, entsprechend geschützt werden kann. All dies, um wirklich stärker wirksam, schneller Hilfe zu leisten, um die Schäden an privatem aber auch an öffentlichem Gut und natürlich auch besonders am Gut der Stadt Graz im engeren Sinne zu verhindern, aber auch um die Wirtschaft, die Schäden in Wirtschaftsbetrieben zu mindern oder gar zu verhindern. Die Abhaltung solcher Hochwasserschutzübungen ist aber keineswegs eine Maßnahme, die die Stadt Graz aus der Pflicht oder gar der Verantwortung herausnimmt für allfällige Haftungsansprüche, die sich daraus ergeben, dass die Stadt Graz halt bis dato noch nicht sämtliche Pässe HQ 100-tauglich gemacht hat, so wie es als letztes Ziel im Raumordnungsgesetz 1972 vorgesehen ist. Wir sind auf dem Weg, es ist einiges erreicht, das möchte ich auch außer Streit stellen, aber es gibt noch viel zu tun und es gibt sehr vieles, und darauf möchte ich aufmerksam machen, was über die baulichen Maßnahmen hinausgeht, wo man wirklich in der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen, Abteilungen, Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz und anderes mit der Bevölkerung hier wirklich Vorsorge ergreifen muss, hier wirklich trainieren muss, hier wirklich an Tempo und Qualität des Miteinanders aufnehmen muss, um die

Hochwassergefahr auch schon heute so minimal zu halten, wie es nur irgendwie möglich ist.

In diesem Sinne stelle ich im Namen der BZÖ-Fraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, wird ersucht, unter Einbindung sämtlicher Blaulichtorganisationen, insbesondere der Grazer Berufsfeuerwehr, die im Übrigen sehr positiv zu diesen Hochwasserschutzübungen steht, das wurde mir offiziell mitgeteilt, sowie der Freiwilligen Feuerwehr Graz und des Roten Kreuzes, selbstverständlich der stadtzugehörigen Stellen und möglichst auch der hierzu nützlichen Stellen der Steiermärkischen Landesregierung, in den immer wieder stark betroffenen Hochwassergebieten der Stadt Graz Hochwasserschutzübungen als besondere Form des Zivilschutzes unter Einbindung der örtlichen Grazer Bevölkerung anzuregen beziehungsweise zu initiieren. Ich glaube, es dient im Interesse der Menschen, ihres Gutes und vor allem ihrer Gesundheit und in diesem Sinne bitte ich um Annahme dieses Antrages. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Hohensinner** zu Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, lieber Gerhard! Genau zu diesem Anliegen haben wir uns erst kürzlich in Andritz unterhalten und zwar bei der letzten Hochwasserschutzinformationsveranstaltung und die Idee, solche Übungen abzuhalten, haben wir zuerst so nebeneinander ausgetauscht, dann hast du diese Idee dort laut gesagt, der Moderator diese Idee aufgenommen, der Bernd Chibici,

und hat dann einmal die betroffene Bevölkerung gefragt, was sie davon hält. Die Bevölkerung hat dann gesagt, ja, zwar ein guter Ansatz, aber es ist leider so, dass wir jedes Jahr nicht nur eine Übung haben, sondern den Ernstfall. Also du wirst mir bestätigen, dass diese Idee jetzt nicht wirklich super begrüßt wurde. Es steht außer Frage, dass man genau solche Hilfen auch anbieten muss, um eine Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Ich habe mich einmal erkundigt bei der Feuerwehr, was es bereits gibt, lieber Gerhard, und zwar habe ich die Rückmeldung bekommen, seitens der Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr wurden im vergangenen Jahr auf Wunsch von drei Siedlungsgemeinschaften Unterweisungen im Befüllen von Sandsäcken und im richtigen Justieren von Sandsäcken vorgenommen. Selbstverständlich ist die Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr jederzeit bereit, auch zukünftig solche Unterweisungen vorzunehmen und ich glaube, das ist der richtige Ansatz, bei großen Übungen, die eben, wie gesagt, in Andritz nicht so jetzt von Anfang an mit Begeisterung aufgenommen wurden, ist auch eine weitere Frage des Versicherungsschutzes, ich hätte gesagt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wenn da Bedarf, wenn das Interesse da ist, dann sollen wir diese Möglichkeiten, die es schon gibt, verstärkt anbieten und auch diese Möglichkeit in der BIG-Zeitung präsentieren und dann kommt es wirklich jenen zugute, die hier Bedarf haben. Deshalb werden wir der Dringlichkeit auch zustimmen, weil jedes Anliegen oder jede Initiativen, die hier Bürgerinnen und Bürger schützt, ist uns wichtig, aber wir hätten auch dazu einen Abänderungsantrag, der wie folgt lautet: Die zuständige Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr wird das bereits bestehende Angebot „Hilfe zur Selbsthilfe im Katastrophenfall“ wie beispielsweise zum Thema Hochwasserschutz verstärken und darüber in der BIG Bürgerinnen und Bürger informieren. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Wir werden natürlich der Dringlichkeit zustimmen, weil es natürlich ein sehr dringliches Thema ist, wir erleben

das ja fast jeden zweiten oder dritten Tag durch die Regenfälle. Zum Antrag, natürlich haben wir auch ein bisschen Bauchweh, muss ich ganz ehrlich sagen, lieber Kollege, weil es wird sehr viel geschrieben, vieles muss ja nicht bei null beginnen, muss man ganz ehrlich sagen, aber es ist natürlich sicher, die Intention ist verständlich, nur ich bin mir nicht ganz sicher, ob es den großen Widerhall bei der Bevölkerung finden wird, bin ich mir nicht sicher, aber nur der Kollege Hohensinner ist natürlich heraußen wieder einmal in der typischen Manie, du machst dem Kollegen Mayr jetzt schon Konkurrenz als Beschwichtigungshofrat, du spielst alles hinunter, es ist eh vorhanden und wir werden dann und zum Schluss...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: Der Herr Hofrat regt sich jetzt auf, der Wirkliche Hofrat regt sich jetzt auf, du hast nur gehört Hofrat, dann bist wieder einmal aufgewacht. Aber nur, Kollege Hohensinner, dieser Abänderungsantrag, das ist natürlich schon ein Begräbnis fünfter Klasse, da bringst du überhaupt nichts zusammen, nur das in der BIG veröffentlichen, das ist schon schwach. Das ist überhaupt deine große Stärke, dass du da heraußen immer groß redest, Sicherheit und so und auch bei den Freiwilligen Feuerwehren dann auftrittst, aber wenn es dann zum Einsatz geht beziehungsweise wenn es dann zur Ausbildung geht, da hat man dich nie gesehen und so ist es da auch wieder. Kollegen Mariacher ist anzuerkennen, dass er sich da Gedanken gemacht hat, um was es geht eigentlich. Er hat natürlich versucht wieder, wir kennen ja den Kollegen Mariacher sehr lange schon, versucht hat, ein bisschen das Kind mit dem Bad auszugießen, dass er es natürlich in einer epischen Breite abgehandelt hat, dass man zum Schluss eigentlich gar nicht mehr gewusst hat, um was es geht.

Zwischenruf GRin. Binder: Worum geht es denn jetzt?

GR. Mag. **Korschelt**: Das wissen Sie nicht oder haben Sie nicht aufgepasst? Da kann ich nichts machen, wenn Sie nicht mitkommen, das kommt noch öfter vor, dass Sie nicht mitkommen. Die Aussage ist nicht null, sondern die Aussage geht darum, dass wir der Dringlichkeit zustimmen, weil wir glauben, dass es dringlich ist, dass es viele Sachen gibt, die schon vorhanden sind, die im Antrag des Kollegen Mariacher drinnen stehen, vieles ist vorhanden, vieles kann man natürlich noch ändern, aufbauen zusätzlich, wobei ich persönlich glaube, dass manches von der Bevölkerung nicht unbedingt angenommen wird, weil wenn bei Ihnen nicht das Wasser beim Keller hineinrinnt, dann werden Sie wahrscheinlich, Kollegin, wir wissen soundso, dass Sie beim Wort Uniform soundso Hautausschlag kriegen, das wissen wir ja soundso.

Zwischenruf GRin. Binder: Haben Sie mich schon mit Hautausschlag gesehen?

GR. Mag. **Korschelt**: Nein, weil Sie noch nie eine Uniform angehabt haben, aber allein wenn Sie es haben, dann glaube ich, dass Sie da einen Hautausschlag bekommen, aber damit Sie auch die Punkte verstehen, darf ich es noch sehr langsam sagen. Jetzt wissen Sie es. Und das andere, zum Kollegen Hohensinner habe ich mir erlaubt zu sagen, dass ich den Kollegen ja kenne, aber immer...

Zwischenruf GRin. Binder: Nicht noch einmal.

GR. Mag. **Korschelt**: Es nutzt ja nichts, wenn Sie es nicht verstanden haben, muss ich es Ihnen ja noch einmal sagen. Sie haben ja gesagt, Sie haben es nicht verstanden, deswegen erkläre ich es Ihnen ja noch einmal. Sie müssen als Lehrerin wissen, Kinder muss man auch, wenn sie es nicht verstehen, muss man es ihnen noch einmal erklären.

Zwischenruf GRin. Binder: Aber anders.

GR. Mag. **Korschelt**: Dann erkläre ich es halt einmal anders, dann sage ich, dass der Kollege Hohensinner hier immer heraußen steht, nein, ist kein schlechter Mensch, ein guter, lieber Mensch, heraußen steht, aber immer wieder versucht, die ganze Sache zu beschwichtigen, immer sagt, na ja, zum Schluss gehen wir dann her und veröffentlichen in der BIG ein Ziel und damit hat es sich und das ist, glaube ich, unserer Ansicht nach zuwenig. Deswegen werden wir trotz allem Bauchweh, das wir haben, wenn Sie sagen, werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Ich hoffe, Frau Lehrerin, Sie haben es jetzt verstanden. Alles klar (*Applaus FPÖ*)?

GRin. **Bergmann**: Also wir werden der Dringlichkeit auch zustimmen, weil wir glauben, die ersten Ansätze in diesem Jahr hat es ja schon wieder gegeben, dass es sehr wichtig ist. Zum Antrag selber, ich denke, verbessern kann man immer was, es

wird immer wieder, auch bei den Einsatzkräften, denke ich mir, eine Verbesserung in der Zusammenarbeit möglich sein, um ganz einfach effektiver zu arbeiten. Wie weit das die Bevölkerung dann wirklich im Großen annimmt, das ist bei so einem Projekt immer fraglich, aber ich denke, nachdem ja auch in Bezirken Bautätigkeit wieder ist und neue Bevölkerungsgruppen in diese Gebiete ziehen, macht es vielleicht durchaus Sinn, in dieser Richtung etwas zu unternehmen und deswegen werden wir dem Antrag auch zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal zum Kollegen Harald Korschelt, ich kann dich beruhigen, natürlich gehe ich und gehen wir auch natürlich davon aus, dass natürlich schon sehr viel Know-how da ist in den einzelnen Organisationen, auch in den Stellen der Stadt Graz und des Landes, es geht hier darum, diese Kommunikation und Abstimmung, auf diese vielen Player einfach zu verbessern, zu justieren, weil es die Qualität zu steigern hilft. Wir sind in einem ständigen Verbesserungsprozess, es kommen auch immer wieder neue Gerätschaften, Materialien, neue Mannschaften dazu, die im Einsatz sind. Für die Kollegin Binder, ja wir möchten Hochwasserschutzübungen in Graz haben, vielleicht muss ich auch in Zukunft kürzere Sätze sprechen, damit noch mehr Kolleginnen und Kollegen mir folgen können. Zum Kollegen Hohensinner muss ich schon etwas sagen, diese Veranstaltung, die wir gemeinsam in Andritz besucht haben, war äußerst schlecht besucht von der Bevölkerung, aber nicht aufgrund dessen, weil das Interesse der Bevölkerung schlecht war, sondern weil es einfach sehr schlecht organisiert war die Veranstaltung und die Leute nicht informiert haben, was dort stattfindet, und wenn man einen Tag vorher den Termin zufälligerweise bekommt, weil ich bei der Technischen Universität war, um das Projekt Sufri mir dargestellt und gut dargestellt bekommen zu haben und sehr viele Andritzer überhaupt keine Erfahrung und überhaupt keine Information darüber gehabt haben, wie die Bürgerinitiative dies auch entsprechend belegen konnte, so denke ich mir,

war man gar nicht daran interessiert, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger diese Information zukommen zu lassen. Ich denke, so eine Hochwasserschutzübung, wenn sie wirklich gut organisiert und vorbereitet ist und die Bürger auch vorab in die Kommunikation eingebunden sind, dann ist das ein enormer Erfahrungsschatz, der da lauert, ein enormes Verbesserungspotential, das Schutz und Hilfe verspricht über die baulichen Maßnahmen hinaus, die derzeit und in näherer Zukunft dann stattfinden. Deswegen bedanke ich mich vorab, die diesen Antrag unterstützen und hoffe, dass die anderen nie in die Situation kommen, Hochwasseropfer zu werden. Danke (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wir kommen jetzt zur Diskussion des Antrages, da gibt es keine Diskussion mehr. Vorher zur Abstimmung des Abänderungsantrages, bevor wir den Antrag abstimmen. Der Abänderungsantrag wurde eingebracht vom Herrn Gemeinderat Hohensinner, ich versuche den jetzt zu lesen, der handschriftlich eingebracht wurde: Die zuständige Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr wird das bereits bestehende Angebot Hilfe zur Selbsthilfe im Katastrophenfall wie beispielsweise zum Thema Hochwasserschutz verstärken und darüber in der BIG BürgerInnen und Bürger informieren. Das ist der Abänderungsantrag, den bringen wir zuerst zur Abstimmung.

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner wurde mit Mehrheit angenommen.